

Kundgebung: Beerdigung der Mitbestimmung in den Landeseigenen Wohnungsunternehmen, Beerdigung der sozialen Wohnraumversorgung?

Die Berliner SPD blockiert die Verabschiedung eines neuen Wohnraumversorgungsgesetzes (WoVG), sperrt sich gegen die Mieter*innenmitbestimmung in den Landeseigenen Wohnungsunternehmen und rückt vom Kurs einer sozialen Neuausrichtung der Wohnraumversorgung ab. Deshalb tragen am 11. August um 11 Uhr Mieter*innen der LWU ihren Protest zur SPD-Landespartei zentrale in der Müllerstr.163 und beerdigen die Novelle des Wohnraumversorgungsgesetzes und damit die Mieter*innenmitbestimmung symbolisch bei deren Totengräbern.

Seit mehreren Jahren versuchte die rot-rot-grüne Landesregierung ein neues Wohnraumversorgungsgesetz auf den Weg zu bringen. Seit eben so langer Zeit stellen wohnungspolitische Initiativen und Mieter*innen der LWU Forderungen zu sozialen und demokratischen Zielen auf, die dabei beachtet werden sollen. Unter Mitwirkung der Initiativgruppe der Berliner Mieterbeiräte und von Mieterräten der LWU wurde 2020 ein Vorschlag zur Novellierung des Wohnraumversorgungsgesetzes erarbeitet, der erstmals eine wirkliche Mitbestimmung der MBR in ihren Quartieren vorsah (die entsprechende Dokumentation, S.26-29, kann unter <https://documentcloud.adobe.com/link/track?uri=urn:aaid:scds:US:50bfc443-3add-4312-8de1-b2bf8dbec9d4> aufgerufen werden).. Das Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen [forderte](#) die Anerkennung selbstinitiiertter Mieter*innenorganisationen in den LWU und einen Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten. Auch die Gruppe Mietenvolksentscheid [forderte](#) mehr Beteiligung und Vorgaben für höhere Quoten geförderter Wohnungen bei Bestand und Neubau der LWU.

Für deren Durchsetzung haben die Initiativen in zahlreichen Treffen mit Vertreter*innen der LWU und der Regierungskoalition geworben, zuletzt auf dem Wohnungspolitischen Hearing mit den wohnungspolitischen Sprecher*innen der drei Parteien. Dort ist, wie auch schon vorher, [deutlich geworden](#), dass die SPD eine Novellierung des WoVG aktiv blockiert und sich vor allem gegen die Aufnahme von Möglichkeiten der Mieter*innenmitbestimmung sperrt.

Diese Blockadehaltung deutet auf eine generelle Abkehr der SPD von der sozialeren Ausrichtung der Wohnraumversorgung durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen hin, wie sie bisher von der Regierungskoalition betrieben wurde. Sie reiht sich ein in eine Reihe solcher Schritte, wie die [Berufung](#) des mieter*innenfeindlichen Volker Härtig zum Vorstand der Wohnraumversorgung Berlin durch die SPD – gegen den ausdrücklichen Willen der Koalitionspartner. Oder das [Hofieren](#) von Vonovia und Deutsche Wohnen bei deren Fusion. Auch die [Aussagen](#) der Spitzenkandidatin der SPD, Franziska Giffey, lassen nichts Gutes für eine soziale Wohnungspolitik in einer neuen Legislatur erwarten.

Aus all diesen Gründen tragen Mieter*innen der Landeseigenen Wohnungsunternehmen ihren Unmut am 11. August, 11 Uhr, zur SPD. Auf einer Kundgebung beerdigen sie das Wohnraumversorgungsgesetz, die Mieter*innenmitbestimmung und die soziale Wohnraumversorgung, dort wo ihnen die Luft abgedreht wurde, nämlich bei der SPD.

Die symbolische Beerdigung ist nur eine vorläufige. Auch in der nächsten Legislaturperiode werden Mieter*innen sich weiterhin lautstark für ihre Rechte einsetzen!

Treffpunkt: 11 Uhr, Max-Josef-Metzger-Platz, Trauerzug zur Parteizentrale in der Müllerstr.163, Redebeiträge von: Initiativgruppe Berliner Mieterbeiräte, Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen, Mieterinitiative Mehringplatz West, Berliner Mieterverein

Pressekontakt: Lisa Vollmer, 017623890677, lisa.vollmer@web.de